

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/191

Bonn, den 5. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2a	<u>Passierscheine - aber wie ?</u> Man muß weiter versuchen Von Franz Barsig	132
3	<u>Im Dialog mit der ganzen Welt</u> Zur Papst-Rede vor den Vereinten Nationen	55
4 - 5	<u>Das Dilemma der Wohnungspolitik für die Städte</u> Zu wenig Mittel für den sozialen Wohnungsbau Von Klaus Rusticus, Hannover	85
6	<u>Belgrad und Neu-Belhi</u> Problematische Position der blockfreien Staaten Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	50

+ + +

Passierscheine - aber wie ?

Man muß weiter versuchen

Von Franz Barsig

"Tagesschau" und "Heute" haben sie Montag fast in jedes Haus gebracht. Die Bilder aus der Passierscheinstelle für Härtefälle mit den leeren Tischen, an denen sonst die Ostberliner Postangestellten saßen und die Gesichter von alten und jungen Menschen, die trotzdem gekommen waren, weil sie die Hoffnung hatten, es könnte doch noch ein Wunder geschehen. Was drückten diese Gesichter aus? Erst Hoffnung, dann Ungläubigkeit und schließlich tiefe Resignation. Im Anblick dieser Gesichter steht jeder, der heute, an welcher Stelle er auch immer Politik in Deutschland macht, vor der Frage: Soll man jetzt anfangen aufzurechnen oder soll man im vollen Bewußtsein dessen, daß bei Kommunisten Menschlichkeit klein geschrieben wird, nicht weiter versuchen, wenigstens die rationierte Menschlichkeit zu erreichen? Die Antwort sollte nicht schwerfallen: Man muß es weiter versuchen.

Die Patentpolitiker werden ihre Antwort sicherlich schon parat haben. Sie werden etwa sagen, unter Druck und Erpressung kann nicht unterschrieben werden, man brauche nur Zeit und gute Nerven, dann würden die Machthaber in Pankow schon weich werden, weil sie den Druck der eigenen Bevölkerung auf die Dauer auch nicht aushalten können. Ob dieses Patentrezept schnell zum Erfolge führt, kann man zumindest bezweifeln, denn Kommunisten haben zu allen Zeiten bewiesen, daß sie sehr lange in der Lage sind, die Menschlichkeit zu unterdrücken. Außerdem soll man nicht verkennen, daß trotz aller Einwirkungsmöglichkeiten, die wir über Rundfunk und Fernsehen haben, die propagandistische Position der Ostzonenmachthaber gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht so schlecht ist, wie sie in den ersten zwei Jahren nach Errichtung der Mauer war. Sie können in einem propagandistischen Trommelfeuer der ihnen ausgelieferten Bevölkerung immer wieder einkämmern, eure Verwandten können ja kommen, es braucht ja nur unterschrieben zu werden. Wer weiß, wie schwierig und kompliziert es ist, schon bei uns die Rechtsposition klarzumachen, der wird davon ausgehen müssen, daß diese Kenntnisse unseres Standpunktes gegenüber der Bevölkerung von Ostberlin und der Zone zu vermitteln, noch komplizierter sein wird.

Das andere Patentrezept wäre, zu nehmen, was man bekommen kann und jetzt zu unterschreiben. Kann man dazu raten? Der kommunistische Wortbruch ist nicht aus der Welt zu schaffen, es ist nicht zu bestreiten, daß Staatssekretär Kohl jeder Kompromiß vom Tisch gefegt hat, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine bedingungslose Unterschrift im gegenwärtigen Zeit-

punkt die Verhandlungsposition für die nächste Runde zumindest nicht verbessert. Wir haben gesagt, wir sollen nicht aufrechnen, aber am 16. August hätte man das bekommen können, was in der letzten Verhandlungsphase allen als erträglicher Kompromiß erschien. Das ist kein Vorwurf, in der Politik kann man sich verschätzen, aber es ist immer besser, davon auszugehen, was man für die eigene Bevölkerung braucht und nicht, was die anderen ausmachen können.

Wenn also beide Patentrezepte problematisch sind, was dann? Was dann, wenn man wieder an die hoffnungslosen und müden Gesichter von Montag Abend denkt?

Nun, handeln kann nur die Bundesregierung, denn der Grundsatz, daß Berlin außerpolitisch durch den Bund vertreten wird, soll nicht angetastet werden. Ebenso nicht der Grundsatz, daß die westlichen Alliierten die oberste Verantwortung für die Sicherheit in Berlin haben, mit denen übrigens in jeder Phase der Verhandlungen, soweit es sich auf den Senat von Berlin bezieht, volle Übereinstimmung bestanden hat.

Die Sozialdemokratische Partei kann nur ihre Meinung sagen und Ratschläge geben, von denen sie hofft, daß sie nicht wieder in den Wind geschlagen werden.

Der erste Ratschlag ist, daß endlich alle Sachgebiete, die sich auf den Verkehr, die Wirtschaft, die monetären Fragen und die menschlichen Erleichterungen beziehen, bei der Bundesregierung koordiniert werden. Der Ratschlag ist nicht neu, und die frühere Bundesregierung hat ihn schon einmal abgelehnt und erklärt, im Bundeskanzleramt werde doch alles trefflich koordiniert. Jeder Fachmann weiß, daß das nicht der Fall gewesen ist. Wir wollen uns heute erheben, alle die Fälle aufzuzählen, bei denen die eine Seite mit Hühn voranging und die andere mit Hott die andere Richtung einschlug. Schon in den nächsten Tagen wird man wieder über den Interzonenhandel sprechen. Wir wissen, daß der Interzonenhandel nicht mehr das Mittel ist und die Wirkung hat, wie das noch vor Jahren der Fall gewesen ist. Es wäre aber grundfalsch, wenn man nicht weiter versuchen würde, die Dinge sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Der zweite Ratschlag ist, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion auch für dieses Gebiet in Anspruch zu nehmen. Tut man das lautstark und öffentlich, dann wird man von der Sowjetunion sicherlich postwendend die Antwort bekommen, daß hier die Zuständigkeit bei der "souveränen DDR" und beim "besonderen Territorium Berlin" liegt. An einer solchen öffentlichen Bestätigung des sowjetischen Standpunktes kann niemand ein Interesse haben, aber jeder weiß, daß es zwischen dem Austausch von Noten einen weiten Spielraum gibt, der man geschickt ausnutzen oder verschwenken kann. Der Versuch, jedenfalls muß unternommen werden.

Der dritte Ratschlag ist, daß die Bundesregierung endlich ihre formalistische Betrachtungsweise gegenüber den Vereinten Nationen revidiert. Die politische Generalaussprache vor der UN hat gezeigt, wie viele Freunde das freie Deutschland gerade in diesem Forum hat. Wir sehen jedenfalls keinen Hinderungsgrund, das spezielle Problem der Passierscheine und die unmenschlichen Auswirkungen, die eintreten, vor der Menschenrechtskommission behandeln zu lassen. Niemand will die hochherzige Rede von Papst Paul VI. in politische Tagesmünze verwandeln. Aber nach dieser Rede ist sicherlich die Bereitschaft gewachsen, sich von Moral und Menschlichkeit leiten zu lassen. Die Einengung auf dieses Thema würde zumindest nicht die Gefahren für die Deutschlandfrage als Ganzes entstehen lassen, die viele im Außenministerium sich einbilden.

Der vierte Ratschlag ist der, daß die Bundesregierung gemeinsam mit dem Senat von Berlin kurzfristig alles tut, um die Augen der Welt auf das zu richten, was um die Jahreswende in Berlin droht, nämlich die total geschlossene Mauer. Man wäre nicht gut beraten, wenn man das nur in Stille eines anti-kommunistischen Propagandafeldzuges tun würde, sondern schlicht von den Menschen und ihrer Not spricht.

Der fünfte Ratschlag ist schließlich der, daß man jetzt nicht nachträglich noch den Versuch unternimmt, für das Scheitern der Verhandlungen einen Sündenbock zu finden. Ein guter Freund Berlins, den wir politisch schätzen, hat am Wochenende in einer Rundfunksprache die These vertreten, die kommunistische Härte sei auch darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten Auffassungsunterschiede zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung ausgenutzt haben. Niemand wird bestreiten können, daß der Berliner Senat in seiner Verhandlungsführung loyal bis zum letzten Komma gewesen ist. Es darf ihm aber niemand das Recht bestreiten, seine eigene Einschätzung zu haben und seine eigene Einschätzung auch zu vertreten.

Niemand muß sich an, in dieser schwierigen und verfahrenen Situation zu sagen, er wisse ganz genau, wie es weitergehen wird und wie man mit Sicherheit zum Erfolg kommt. Hier werden lediglich Gedanken unterbroitet, über die es sich lohnt nachzudenken. Jeder bessere Vorschlag wird begrüßt und dankbar aufgegriffen werden. Und letztlich kann man in dieser Situation nur hoffen, daß möglichst bald wieder eine handlungsfähige Bundesregierung im Amt ist, denn das war doch das Übel der letzten Wochen, daß viele Gedanken - und sogar gute Gedanken - hatten, aber jeder sich scheute, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Im Dialog mit der ganzen Welt

ler - Die höchste geistliche Autorität der Christenheit, Papst Paul VI. hat den Vereinten Nationen durch einen persönlichen Besuch und eine Rede, die zu den gehaltvollsten und erleuchtetesten unseres Jahrhunderts zählt, seine Reverenz und Hochachtung erwiesen. Die Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens bewog den Papst zu dieser Reise von weltweiter Bedeutung. Der Inhaber des Stuhles Petri verfügt über keine Divisionen, über keine militärische Macht. Sein Staat gehört zu den kleinsten der Welt und doch sprengt sein Einfluß den Rahmen der Katholischen Kirche und wirkt weit auch in außerchristliche Bereiche hinein. Die Welt hört zu, wenn der Papst spricht. Der Papst sprach nicht als Werber für seine Kirche, er sprach als das verkörperte Gewissen der Menschheit, und er wählte als Forum für seinen Auftritt die Tribüne der Vereinten Nationen.

Diese Weltorganisation, hervorgegangen aus den bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, wird viel geschmäht und mißachtet, weil sie nicht Wunder bewirken kann, weil sie nicht verhindern kann, daß hier und dort neue Brandherde entstehen und Völker und Staaten einander waffenstarrtend begegnen. Was wäre aber die Welt von heute ohne die Vereinten Nationen? Sie haben Höhen und Tiefen durchschritten, sie erlebten den harten Aufeinanderprall entgegengesetzter Ideologien, manche ihrer Mitglieder bekämpften sich auf den Schlachtfeldern, manche ihrer Satzungen blieben Papier und ihre Empfehlungen fanden oftmals keine Beachtung. Oft scheint es, als würde das Gebäude der Vereinten Nationen unter der Wucht gegenseitiger Anklagen und Beschuldigungen zusammenbrechen. Doch die UNO, so schwach sie manchmal sein mag, hielt bisher allen Stürmen stand, sie blieb die Tribüne, auf der sich die Weltmeinung formt und sie war doch manchmal in der Lage, gefährlichen, die ganze Welt bedrohenden Konflikten die Spitze zu nehmen.

Die Katholische Kirche befindet sich in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der Vereinten Nationen. Sie sieht in dieser Weltorganisation die einzige Möglichkeit der Erhaltung des Weltfriedens und im Zusammenwirken aller Nationen, Staaten und Rassen den Weg, die Welt die Tragödie eines alles und alle vernichtenden Atomkrieges zu ersparen. In einer Privataudienz hatte Paul VI. gleich nach seiner Wahl dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, versichert:

- * "Die Universalität der Katholischen Kirche im geistigen Bereich
- * spiegelt sich in gewisser Weise in den Vereinten Nationen wider. Gewiß, die
- * Ideologien der Mitglieder der UNO sind sehr verschiedenartig und
- * schenken ihnen die schuldige Beachtung; aber es bleibt doch die Tat-
- * sache, daß hier so viele Völker, so viele Rassen und Staaten in ei-
- * ner einzigen Organisation zusammenfinden, die dazu bestimmt ist, die
- * Kriegsübel zu beschwören und den Frieden zu fördern. Und es bleibt
- * die Tatsache, daß der Heilige Stuhl darin eine vollkommene Überein-
- * stimmung mit seinen eigenen Auffassungen von der Menschheit und sei-
- * ner geistigen Sendung in der Welt erblickt."

Die Rede des Papstes war eine logische und weitgespannte Fortsetzung dieses Gedankenganges, der nur möglich wurde durch die großen Veränderungen innerhalb des Katholizismus und die Aufgeschlossenheit, die mit ihnen parallel geht. Die Wirkung der Ansprache mag nicht unmittelbar zu erkennen sein. Doch gibt sie allen Kräften der Welt gewaltigen Auftrieb, den Frieden zu stärken, die Abrüstung zu fördern und die dadurch freigewordenen Energien auf größere und höhere Ziele hinzulenken. Dies allein gibt dem Auftritt Pauls VI. vor den Vereinten Nationen den Charakter eines einmaligen historischen Ereignisses.

Das Dilemma der Wohnungspolitik für die Städte

Zu wenig Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die - seit 1960 angeordnete - allmähliche Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft hat nicht nur überall Mieten in die Höhe getrieben. In der Praxis hat es sich inzwischen ausreichend bewiesen, daß die derzeitige Wohnungstatistik, die bei der Erklärung einer Gemeinde oder eines Kreises zum "weißen Kreis" zugrundegelegt worden war, keine sichere Gewähr für die schrittweise geplante Freigabe des Wohnungsmarktes bot. Die schon weitreichend erfolgte Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Reduzierung der Finanzierungsmittel aus dem sozialen Wohnungsbau und neuerdings auch im Hinblick auf eine höchst umstrittene Kreditpolitik hat besonders die Städte, aber auch die Wohnungsbauträger vor Probleme gestellt, deren ganze Tragweite heute noch nicht überschauen werden kann.

Wohnungsbau und städtebauliche Konzeption

Großstädte, die heute aus den Nähten platzen, Städte als Schwerpunkte industrieller und arbeitsmarktpolitischer Ballungsräume, deren kommunale und wohnungspolitische Aufgaben schon lange nicht mehr aus eigener Kraft gemeistert werden können, Städte und Gemeinden in Landkreisen, die unter der Last neuer Siedlungsgebiete im Schatten arbeitsmarktpolitischer Ballungsräume zu ersticken drohen.

Das ist das Dilemma einer Wohnungspolitik, die die letzte Bundesregierung konsequent durchpeitschte und deren weitere Verfolgung auch die neue Bonner Koalition betreiben wird.

Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und Rückläufigkeit des frei finanzierten Wohnungsbaues bewegen sich heute Hand in Hand vorwärts. Die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung sollte aber das solide Verhältnis von frei finanzierten zu nicht frei finanzierten Wohnungen voraussetzen. Die Mittelbereitstellung aus dem sozialen Wohnungsbau wäre fraglos bei konsequenter Fortsetzung eine Möglichkeit gewesen, billigere Wohnungen und teurere (frei finanzierte) Wohneinheiten in ein gesundes Verhältnis zu bringen (damit also auch die schrittweise Überführung in die soziale Marktwirtschaft zu festigen) und schließlich die seit Jahren verfolgte städtebauliche Konzeption vieler Gemeinden nicht zu torpedieren.

Eine klare Parallität

Was offensichtlich den Bonner Wohnungspolitikern der CDU/CSU und FDP noch nicht aufgegangen ist, ist die Parallität von Wohnungspolitik unter dem Motto "Weiße Kreise" und von sozialem Wohnungsbau. Die Bautätigkeit wird zurückgehen, wenn die Wohnungsbauträger nicht Mittel und Wege finden, den frei finanzierten Wohnungsbau zu verstärken. Das müßte zwangsläufig geschehen, weil es bei den Wohnungsgesellschaften, die zur gleichen Zeit auch die Funktion des Hauswirts innehaben, rein wohnungswirtschaftlich darauf ankommt, sowohl über einen älteren als auch über einen neuen "freien" Wohnungsbestand zu verfügen.

Je weniger "freie Wohnungen" in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden, desto mehr schwindet auch die Hoffnung, Angebot und Nachfrage in ein gesundes Verhältnis zu bringen und - nach dem Willen des Wohnungsbauministers - davon ableitend eine sozial tragbare Miete einpendeln zu lassen.

Aber ganz abgesehen davon haben sich bereits heute Städte mit der Tatsache zu beschäftigen, daß die Zahl der Wohnungsbewerber, die nach dem Gesetz aufgrund ihres Einkommensniveaus in frei finanzierte Wohnungen sollten, aber trotzdem Ausnahmegenehmigungen für die vorher - im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues errichteten - billigeren Wohnungen beantragen, ganz erheblich groß ist. Das ist vielfach in "weißen Kreisen" zu beobachten, in denen die städtebauliche Erweiterung und sozialer Wohnungsbau eins waren.

Wer soll das Problem lösen?

Solange Wohnungsbaugesellschaften um die Belegung frei finanziierter Wohnungen bangen müssen, werden sie notgedrungen ihre Programme reduzieren. Niemand wird ihnen das Risiko abnehmen, teure Kreditmittel auf dem freien Geldmarkt in Anspruch zu nehmen und später die gebauten Häuser nicht belegen zu können.

Daraus resultiert zunächst die deutliche Gefahr für die Zukunft, daß die Zahl der "freien" Wohnungen einfach nicht ausreichen wird, um durch Angebot und Nachfrage Mietwucherei und willkürliche Auswüchse des Vermieters auszumerzen. Und weil die von Fall zu Fall angezogene Wohnungsstatistik für das Ausrufen zum "weißen Kreis" praxisfremd war, werden die sich nur wenig verkehrenden "freien" Wohneinheiten Mangelware bleiben. Die zu teuer gebauten und folglich mietpreislich zu hoch geschraubten "freien" Wohneinheiten werden nicht selten leer stehen, weil sie keine Mieter finden.

Reduzierung des frei finanzierten Wohnungsbaues heißt aber noch viel mehr städtebaulicher Rückschritt! Denn der "freie" Wohnungsbau müßte jetzt in einem angemessenen Verhältnis das Volumen wett machen, das durch Reduzierung des sozialen Wohnungsbaues verlorengeht. Auch die stabilsten Wohnungsbaugesellschaften sind bei der derzeitigen Lage auf dem Kapitalmarkt überhaupt nicht dazu in der Lage.

Und die westdeutschen Städte, die aus dem eigenen Stadtsäckel Wohnungsbaugelder schöpfen können, sind mit der Lupe zu suchen.

Belgrad und Neu-Delhi

Problematische Position der blockfreien Staaten

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Die Tatsache, daß die bereits zu einem früheren Zeitpunkt verabredete Reise des indischen Staatspräsidenten Radhakrishnan nach Belgrad ausgerechnet in die Zeit der nur schlecht überbrückten indisch-pakistanischen Krise gefallen ist, verlieh diesem für die Politik der blockfreien Welt wichtigen Ereignis einen besonderen politischen Reiz. Dürften die Folgen dieser Krise doch nicht nur für die Politik Indiens, sondern darüber hinaus der ganzen blockfreien Welt von nachhaltiger Wirkung sein, wobei zu befürchten ist, daß sie den bereits eingesetzten Polarisierungsprozeß noch weiter fördern werden.

Mehr als der Prestigeverlust, den Indien infolge der nicht gerade erfolgreichen Kriegsführung gegen den materiell bedeutend schwächeren Gegner Pakistan und wegen des Zurücksteckens vor dem chinesischen Ultimatum erlitten hat, demonstrierte es der Welt, daß es das von den blockfreien Staaten so oft als Leitmotiv für die Weltpolitik gepredigte Prinzip der Gewaltlosigkeit keineswegs etwa als etwas Absolutes auffaßt. Der hieraus entstandene Schaden kann zumindest im moralischen Sinne als weitgehend irreparabel angesehen werden. Denn die Tatsache, daß ausgerechnet eine der Führungsmächte der blockfreien Welt sich über die in der Belgrader und Kairoer Deklaration der Blockfreien feierlich besiegelten Grundsätze hinweggesetzt und darüber hinaus in keiner Phase des Konfliktes eine Vermittlung seiner blockfreien Partner ersucht hat, dürfte ihre tiefgreifenden Folgen erst in der nächsten Zukunft zeigen.

Zweifellos wird man in den Gesprächen, die Radhakrishnan in Belgrad geführt hat, erörtert haben, wie man wenigstens etwas von dem entstandenen Schaden beheben könnte. Und hier dürfte wohl in erster Linie daran gedacht worden sein, wie man die schon vor dem indisch-pakistanischen Krieg eingesetzte und durch ihn noch beschleunigte zersetzende Polarisierung unter den blockfreien Staaten aufhalten könnte. Eine gewichtige Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels könnte sein, die vom Frühjahr infolge Ben Bellas Sturz auf den 5. November verlegte Zweite afro-asiatische Solidaritätskonferenz in Algier erneut nicht stattfinden zu lassen. Müßte doch bei diesem Treffen bei der Teilnahme der beiden Kriegsparteien Indien und Pakistan, der Anwesenheit des kommunistischen Chinas, dem noch ungeklärten Konferenzstatus der Sowjetunion und dem Fehlen des europäischen Jugoslawiens die Gegensätze noch härter aufeinanderstoßen und in das Lager der Blockfreien hinüberwirken. Eine Perspektive, an der Belgrad noch weniger gelegen sein kann als dem konfliktengagierten Indien, dem manche Beobachter ohnehin unterstellen, es werde wohl bald seine Außenpolitik maßgeblich umorientieren müssen. Haben auch die Belgrader Gespräche auf solche Annahmen keine Antwort gegeben, so bewies allein die große Beteiligung hoher Militärs in der indischen Delegation, daß die militärischen Aspekte heute die indische Politik bedeutend stärker beherrschen als moralische. Die nichtüberwundene Kriegsgefahr in Asien hat die Position der blockfreien Welt insgesamt noch problematischer werden lassen, als sie es schon vor dem Ausbruch des indisch-pakistanischen Krieges gewesen ist.